

Antrag auf Förderung bei der Anschaffung und Installation von haushaltsbezogenen Balkon-Solaranlagen

(Förderprogramm Balkon-Solaranlagen der Gemeinde Berkenthin)

Bitte beachten: Pro Gebäude ist ein Antrag auszufüllen!

I. Antragsteller*in:

Name	
Straße, Hausnr.	
PLZ, Ort	
Telefon	
E-Mail	

Ich bin – wir sind:

- Eigentümer*in**
- Teil-Eigentümer*in** (Beschluss der Wohnungseigentümergeellschaft bitte beifügen)
- Mieter*in** (Zustimmung Vermieter*in bitte beifügen)
- Verwalter*in**
- Erbbauberechtigte*r**

II. Förderung für Gebäude / Wohneinheit in: (sofern von Wohnanschrift abweichend)

Straße, Hausnr.	
PLZ, Ort	
weitere Beschreibung	

III. Durchführung der Fördermaßnahmen

- Maßnahme ist bereits durchgeführt; Inbetriebnahme erfolgte am _____ (Datum)
- Maßnahme soll durchgeführt werden **bis** _____ (Monat/Jahr)

IV. Förder-Betrag Gemeinde Berkenthin

- Steckerfertige Solaranlage (Mini-PV) mit einer Leistung von bis zu maximal 600 Watt Wechselrichterleistung (**Fördervoraussetzung!**)

Beantragter Zuschuss:

200 Euro oder:

Betrag unterhalb 200 Euro, wenn: Zuschuss Gemeinde und Land in Summe 50% der Kosten überschreiten;
somit beantragt: _____ Euro.

V. Förderung Land

- mir / uns wurde eine Landesförderung bewilligt (bitte Bescheid beifügen)
- eine Landesförderung wurde abgelehnt (bitte Bescheid beifügen)
- ich habe / wir haben noch keine Landesförderung beantragt
- ich werde / wir werden keine Landesförderung beantragen

VI. Zahlung / Bankverbindung:

Kontoinhaber	
Geldinstitut	
Bankleitzahl (BIC)	
Konto-Nr. (IBAN)	

VII. Erklärung

Ich erkläre, dass die Fördermittel ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen verwendet werden.

Ich erkläre, dass die zu fördernden Ausgaben für Anschaffung und Installation von haushaltsbezogenen Solarpanelen („Balkonkraftwerk“) nicht auch zugleich nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen als Anteilsfinanzierung nach Artikel 104b GG und nach dem bis zum 31.08.2006 gültigen Artikel 104a Abs. 4 GG oder nach Artikel 91a GG (Gemeinschaftsaufgaben) und nach Artikel 91b GG (Bildungsplanung und Forschungsförderung) oder mit KfW-Darlehensprogrammen (die KfW-Programme *Investitionsoffensive Infrastruktur* ausgenommen) durch den Bund gefördert werden.

Mir ist bekannt, dass es sich bei dem beantragten Zuschuss um eine Subvention handelt, auf welche der § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß §1 des Subventionsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landessubventionsgesetz vom 11.11.1977 – LsubvG, GVObI. 1977, S. 489) die §§ 2-6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz – SubvG, BGBL. 1976, Teil II, S. 2037 f.) Anwendung finden.

Mir ist bekannt, dass die in Antrag anzugebenden Informationen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Mir ist weiterhin bekannt, dass eine Entstellung oder Unterdrückung dieser Informationen ggf. als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist. Mir ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I, S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind.

Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist. Mir ist bekannt, dass nach §3 SubvG die Verpflichtung besteht, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Die im Antrag und allen Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Nach Antragstellung erhalten Sie eine Bestätigung mit der Mittelbewilligung. Erst danach darf mit der Maßnahme begonnen werden. Das Förderprogramm endet am 31.12.2023 bzw. bei der Erreichung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Verbindliche Erklärungen der antragstellenden Person(en)

- Ich/Wir erkennen an, dass kein Rechtsanspruch gegenüber der Gemeinde Berkenthin auf Förderung von Balkon-Solaranlagen besteht.
- Ich/wir sind zum Abzug der Vorsteuer (Mehrwertsteuer) berechtigt.

Folgende Unterlagen sind beigefügt:

- **bei Teil-Eigentümer*in:**
 Beschluss Wohnungseigentümergeinschaft
- **bei Mieter*in:**
 Zustimmung Vermieter*in

wenn Förderantrag beim Land gestellt wurde:

- Förderbescheid des Landes
- Ablehnungsbescheid des Landes

Ort, Datum

Antragsteller*in

Einreichung des Förderantrages mit Anlagen an:

**Herrn Bürgermeister
der Gemeinde Berkenthin
c/o Amtsverwaltung Berkenthin
Am Schart 16
23919 Berkenthin**

Interne Vermerke der Gemeinde:

Eingang; siehe Eingangsstempel oder Handzeichen

Fördernummer: _____